

Tägliche Omaha Tribune
TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL J. PETER, President.
Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 12 1/2 Cents;
Durch die Post, bei Vorausbezahlung, per Jahr \$6.00; sechs Monate \$3.00;
drei Monate \$1.50.
Preis des Wochenblatts bei Vorausbezahlung \$2.00 das Jahr.
1207-1209 Howard Str. Telephone: T.Y.L.E.R. 346. Omaha, Nebraska.
Des Moines, Ia., Branch Office: 407-5th Ave.
Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of
Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.
Omaha, Neb., Montag, den 24. März 1919.

Auf der Basis des Patriotismus

Von einer Reihe von Leuten, die im Finanz- und sonstigen Geschäfts-
leben stehen, ist der Vorschlag gemacht worden, an die fünfte Freiheitsan-
leihe, die sogenannte Sieges-Freiheitsanleihe, „kalkulativ“ heranzugehen.
Andere waren der Meinung, sie sollte diesmal auf eine „kommerzielle Basis“
gestellt werden. Einige haben sogar dem Schatzamt gegenüber die An-
sicht vertreten, es würde unmöglich gehen, abermals an den Patriotismus
des amerikanischen Volkes zur Unterbringung der fünften Freiheitsanleihe
zu appellieren. Alle diese Vorschläge und Einwände drehen sich um die
eine Frage: Soll die Sieges-Freiheitsanleihe eine einfache finanzielle
Transaktion werden oder wieder eine patriotische sein, wie es ihre Vor-
gängerinnen gewesen sind?

Darauf hat Schatzamtssekretär Carter Gage in einer Rede vor der
Pittsburgher Handelskammer folgende Antwort gegeben: „Nach meiner
Ansicht sollten wir uns an die neue Freiheitsanleihe nicht mit „kaltem
Blut“ heranzumachen. Wir haben ein Recht, den Patriotismus des Vol-
kes anzurufen. Es erfordert heutzutage eine höhere Form des Patriotis-
mus, der Nation zu dienen als im Zeitalter des Krieges. Darauf werde
ich mich vertrauensvoll verlassen. Und ich sage hier und jetzt voraus, daß
der Widerhall im Volke diejenigen nicht enttäuschen wird, die den feinen
Geist der Nation hoch einschätzen.“

Er schließt seine von Optimismus und heiligem Eifer getragene Rede
mit den Worten: „Ein klein wenig Nachdenken wird auch den Weisesten
unter den Finanzmännern des Landes zeigen, daß es jetzt unmöglich ist,
für reine Anlagezwecke eine Anleihe von fünf bis sechs Milliarden unterzu-
bringen. Wir sind gezwungen, uns an den Patriotismus des amerikani-
schen Volkes zu wenden, und es wird nicht vergeblich geschehen. Noch sind
über eine Million amerikanische Soldaten in Frankreich und Deutschland,
die nicht nur unterhalten werden müssen, sondern die auch sicher nach Hause
geführt sein wollen, und die ferner noch ihrer Rückkehr Arbeitsstellen
haben wollen. Die Regierung hat immer noch monatlich rund 2,000,000,
000 Dollar auszugeben, um die Ehrenverpflichtungen dieses Landes zu er-
füllen. Die Ehre der Regierung steht auf dem Spiele. Da für selbst
zure eigene Regierung leid, so ist es eure eigene Ehre, die getroffen wird.
Ich weiß jedoch, daß der Ruf der amerikanischen Regierung an das
amerikanische Volk ein Echo finden wird, auf das die Nation stolz sein
kann.“

Diese begeisterten Worte des Schatzamtssekretärs sollten eine Erleuc-
terung für jeden Einzelnen von uns sein, dem Problem der neuen Sieges-
Freiheitsanleihe mit derselben Energie, Begeisterung und Entschlossenheit
zu helfen, die die Arbeit für die früheren Anleihen charakterisierte.

Lenine sät Deutschland!

Das ist nicht etwa die Behauptung der Sowjet-Regierung in Moskau,
daß ein bolschewistisches „Agenten-“ oder „Propagandisten-“, sondern des-
sen Generals Hoffmann, der Trozki gegenüber in Breslau-Atmosphäre den
schwarzen, schneidigen Soldatenanzug anziehen liebte. In einem, ameri-
kanischen Zeitungsinterview in Berlin geäußert, Interview lautet der
Satz immer wieder: „Deutschland wurde nicht an der Westfront ge-
schlagen. Weder Marciall Hoch, noch Feldmarschall Haig oder General
Pershing besiegte die deutschen Heere. Deutschland wurde von einem
Importprodukt namens Lenine geschlagen.“

General Hoffmann spricht, wie man ausgeben muß, nicht aus dem
Munde heraus, er spricht aus Erfahrung. Er gehört zu den Unterzeich-
nern des Breslau-Atmosphäre-Friedensvertrages, den der deutsche Militär-
aus- gegen den klügeren Rat der Küllmann-Diplomatie — der russi-
schen Volksregierung aufzuheben. Er lebte mit seinen Soldaten — deren
Generalsstabchef er an der Ostfront drei Jahre lang gewesen — im Felde
— vor und nach der Breslau-Atmosphäre-Periode. Er hatte Gelegenheit,
den Geist seiner Soldaten zu beobachten, die Veränderungen, denen dieser un-
verwunden war.

Wenn er daher sagt: „Sofort nach der Unterzeichnung entdeckten wir,
daß wir von den Bolschewisten, und nicht sie von uns, besiegt worden waren.
Unsere siegreiche Armee wurde mit Bolschewismus durchsetzt. Unsere mili-
tarische Maschine wurde die Druckpresse bolschewistischer Propaganda. Wir
wussten es nicht genug, um Armeekorps der deutschen Bolschewisten an die
Westfront zu schicken. Aber schließlich noch, Bolschewisten kamen zu Lan-
den nach Deutschland. Es waren Lenine und bolschewistische Propa-
ganda, die Deutschland besiegten, die den Kampfesmut unterminierten und
die Danksalber-Sozialisten im Lande zur Tätigkeit anspornten.“

„In der Erfahrung aus diesem typisch preussischen Offizier.
In den deutschen Offiziers-Ärmeln in Ausland sagte die sozia-
listisch-revolutionäre Propaganda festen Fuß, und der Geist dieser Sol-
daten wurde so von den neuen Anschauungen und Ideen durchsetzt,
daß die deutschen Heerführer es nicht wagen konnten, diese infizier-
ten Truppen nach der hart bedrückten Westfront zu transferieren.
Während sich die Presse der Entente über die angeblich so häufigen und
verwundlichen Truppen-Transferierungen vom Osten nach dem Westen
täglich in langen Artikeln aufregte, zerbrachen sich die deutschen Heerführer
in Kopf darüber, wie sie der bolschewistischen Gefahr entgegenzutreten
hätten.“

Die unabweislichen Ausführungen des Generals beweisen wieder ein-
mal — wenn das für urteilsfähige Leute überhaupt noch zu beweisen wäre
— wie unfähig die Fabel von den „Kaiser-Strukturen“ Lenine und Trozki
ist. „Sie haben unrecht“, sagte General Hoffmann zu den Zeitungs-Kor-
respondenten, „wenn Sie sagen, Deutschland habe mit dem Bolschewismus
spielt. Der Bolschewismus spielte mit Deutschland.“ Das imperialis-
tisch-kapitalistisch-militaristische Deutschland hatte ebenso wenig von dem
Bolschewismus zu erwarten wie irgend ein anderes kapitalistisches Land;
der Bolschewismus ist radikalster, revolutionärer Sozialismus, der
mit keiner Art von Kapitalismus auf ein Kompromiß eintritt und nur
ein Ziel kennt: die Weltübergreifung der ökonomischen und politischen
Zustände für und durch das Proletariat.

In diesem Zusammenhang verdient noch eine andere Be-
wertung Hoffmanns Beachtung: „Ich sprach damals zu Scheidemann:
„Wenn Sie nicht mit Ihrer Agitation aufhören, so werden Sie Deutschland
unterwerfen. Er versproch mir, seine Agitation einzustellen.“ Ich (der
Interviewer) fragte General Hoffmann, ob er denke, Herr Scheidemann
hat Deutschland mit seiner sozialistischen Propaganda geschadet. Er er-
widerte: „Scheidemann war allmächtig. Ausflüchtige Agenten und deutsche
Mitarbeiter wie Siehndt taten es.“

Und die Prophezeiung, die General Hoffmann in seinem Inter-
view aussprach! „Der nächste Krieg“, sagte er, „wird zwischen den Alliierten
und dem Bolschewismus stattfinden. Sie haben mehr Bolschewisten-Agenten
in Frankreich, England und Amerika, als Sie ahnen. Wenn die Alliierten
ausfallen, wird der Bolschewismus die Kultur der Welt vernichten, und
gelbes Völkchen werden oben sein.“ Worte, die den unverwundbaren
Schwamm im Verhalten der Alliierten gegen Deutschland, das einzige
Land, gegen die ihnen drohende Gefahr, erklären!

Die deutsche Revolution und die Trennung von Kirche und Staat

„Die Neue Zürcher Zeitung“ ver-
öffentlicht am 6. Februar nachfol-
genden Artikel aus der Feder eines
deutschen Korrespondenten:
„Die Sozialdemokratische Erklärung
der deutschen Revolution war das
größte Kultusverbrechen der großen
deutschen und religiösen Fragen.

leibhaftig, vor die deutsche Welt
hingestellt werden als in der Ver-
urteilung eines Mannes wie Adolf Hoff-
mann, an die Spitze des preussischen
Kultusministeriums. Als bald kam
auch die Meldung, daß die Kirchen-
ämter die von ihnen benötigten, im
Eigentum des Staates befindlichen
Gebäude—Parrhöfen, Kirchen—
binnen einer kurzen Frist zu räu-
men hätten. Der Religionsunter-
richt wurde für fakultativ erklärt,
alle religiösen Akte in den Schulen
verboten, die geistliche Schulaufsicht
aufgehoben, und eine Kommission
niedergesetzt, welche die Trennung
von Kirche und Staat in die Wege
zu leiten hatte. Die noch stärkere
Trennung, die in Sachen aus Ruder
gekommen war, ging noch radikaler
vor. Hier wurde mit einem Feder-
strich die Entfernung des Religions-
unterrichts auf sämtliche Schulen auf
1. April dekretiert. Nach Süd-
deutschland, wo die Sozialdemokra-
tie ja etwas weniger heftig ist, als
in Preußen, gelangten nur we-
nigste Ausstrahlungen des dortigen
Vorgehens. Sie beschränkten sich
im wesentlichen auf die Aufhebung
der geistlichen Schulaufsicht dort, wo
dieselbe noch bestand, nämlich in
Württemberg und Bayern. Aber die
ganze große Frage der Trennung
von Kirche und Staat trat sofort
auch hier in den Vordergrund der
Tatsache und beherrschte die
Gemüter sehr intensiv.

Die Wochen, die seit der Revo-
lution vergangen sind, haben ja mit
einer für die Sozialdemokratie selbst
am meisten schädlichen Deutlichkeit
gezeigt, wie sehr ihr der Mangel
an staatsmännischer Fähigkeit und
an politischem, aufbauenden, politi-
schen Können anhaftet. Was sie in
den großen kirchenpolitischen Pro-
blemen geliebt hat, das war doch
schon mehr als ein Mangel an
Fähigkeit, zu regieren. Das war ein
kapitales Versagen. Die Klügeren und
nicht nur ganz oberflächlich, von
der theoretischen Phrase beherbergt,
diese Jahre freilich rasch, welcher
Schaden damit für die Partei
angerichtet worden war. Dem Ge-
nosse Hähnel, der neben Hoffmann
den Kultus in Preußen regiert, fiel
diese recht unangenehme Aufgabe
zu. Eine einschränkende und be-
schränkende Erklärung nach der an-
deren mußte erlassen werden. Anti-
dekrete wurden erlassen. In
Süddeutschland erklärte man, daß
man nichts mit dem Vorgehen der
preussischen Genossen zu tun haben
wolle. Die sozialdemokratischen
Wahlkreise drückten sich in der
berühmtesten Weise um die heisse,
heiße Frage herum. Man sah sich
die größte Mühe, den Vorstoß der
Kirchen- und Religionsfeindschaft
zu vermeiden und sich so baronlos wie
möglich zu geben. Es hat wenig ge-
schaffen. Nicht den täglichen An-
schauungsunterricht, den das Bild
der sozialdemokratischen Herrschaft
in Berlin dem Volk erteilt, hat
keine Frage mehr gegen die Partei
georbeit als das, was sie in we-
nigen Wochen in der kirchlichen
Frage berührt hat, und noch mehr,
was man von ihr auf diesem Ge-
biet beabsichtigt. Es löste die
stärkste Gegenwirkung in breiten
Schichten des Volkes aus. In
Preußen marschierte die katholische
Kirche in Gestalt ihrer Bischöfe auf
und erhob ihre mächtige Stimme.
Einem besseren Agitationshoff
konnte es auch sein feind Freund
dem Zentrum nicht beschaffen. Aber
auch die evangelische Kirche machte
mobil. Überall in der Wahlstatu-
tion hat die Trennungsfrage im
Vordergrund gestanden, und bald
zeigte sich, daß das von der Sozial-
demokratie so lang und so heftig ge-
forderte Frauenstimmrecht, grade
um ihrer kirchenpolitischen Haltung
willen für sie als ein sehr zwei-
deutiges Schwert erwies. Denn
die Frauen bis weit in die sozial-
istischen Kreise hinein sind Gegner
eines Vorgehens, das gemaltig
gegen die Kirchen gerichtet ist. Ein
Referendum, das heute über die
Entfernung des Religionsunter-
richts aus der Schule veranlaßt
wurde, ergäbe eine erdrückende
Mehrheit dagegen. Es kann keinem
Zweifel unterliegen, daß deutsche
Volk in seiner großen Mehrheit will
heute nichts von einem Vorstoß
gegen die Kirchen wissen, in dem es
gleichzeitig eben doch auch einen solchen
gegen die Religion sieht. Eine
Trennung von Kirche und Staat,
wenn sie kommt, kann in Deutsch-
land nur in wohlwollender und
pflanzlichem Sinn erfolgen.

Zu übrigen will die prinzipielle
Forderung der Sozialdemokratie,
wenn auch der Moment dafür mit
größter Angelegentlichkeit gewahrt
worden ist, immerhin doch auch aus
den Verhältnissen heraus verstanden
wie sie in Deutschland, speziell
in Preußen, bisher bestanden haben.
Sie erklärt sich jedoch vor allem und
zunächst aus der ungeheuren Macht
der katholischen Kirche und aus
dem Fortschritt, hier mit der Tren-
nung von Staat eine Vereiner-
lichung der Geister erreichen zu können.
Daher ist mit der Trennung einen
entscheidenden Fortschritt gegen diese
Macht zu erwarten; eine Hoffnung,
deren Realisierung aber noch keines-
wegs gesichert ist, auch wenn die

Trennung vollzogen würde. Die so-
zialistische Kirche hat Mittel und
Wege genug, sich auch darauf einzu-
richten, an die Spitze des preussischen
Kultusministeriums. Als bald kam
auch die Meldung, daß die Kirchen-
ämter die von ihnen benötigten, im
Eigentum des Staates befindlichen
Gebäude—Parrhöfen, Kirchen—
binnen einer kurzen Frist zu räu-
men hätten. Der Religionsunter-
richt wurde für fakultativ erklärt,
alle religiösen Akte in den Schulen
verboten, die geistliche Schulaufsicht
aufgehoben, und eine Kommission
niedergesetzt, welche die Trennung
von Kirche und Staat in die Wege
zu leiten hatte. Die noch stärkere
Trennung, die in Sachen aus Ruder
gekommen war, ging noch radikaler
vor. Hier wurde mit einem Feder-
strich die Entfernung des Religions-
unterrichts auf sämtliche Schulen auf
1. April dekretiert. Nach Süd-
deutschland, wo die Sozialdemokra-
tie ja etwas weniger heftig ist, als
in Preußen, gelangten nur we-
nigste Ausstrahlungen des dortigen
Vorgehens. Sie beschränkten sich
im wesentlichen auf die Aufhebung
der geistlichen Schulaufsicht dort, wo
dieselbe noch bestand, nämlich in
Württemberg und Bayern. Aber die
ganze große Frage der Trennung
von Kirche und Staat trat sofort
auch hier in den Vordergrund der
Tatsache und beherrschte die
Gemüter sehr intensiv.

Die Wochen, die seit der Revo-
lution vergangen sind, haben ja mit
einer für die Sozialdemokratie selbst
am meisten schädlichen Deutlichkeit
gezeigt, wie sehr ihr der Mangel
an staatsmännischer Fähigkeit und
an politischem, aufbauenden, politi-
schen Können anhaftet. Was sie in
den großen kirchenpolitischen Pro-
blemen geliebt hat, das war doch
schon mehr als ein Mangel an
Fähigkeit, zu regieren. Das war ein
kapitales Versagen. Die Klügeren und
nicht nur ganz oberflächlich, von
der theoretischen Phrase beherbergt,
diese Jahre freilich rasch, welcher
Schaden damit für die Partei
angerichtet worden war. Dem Ge-
nosse Hähnel, der neben Hoffmann
den Kultus in Preußen regiert, fiel
diese recht unangenehme Aufgabe
zu. Eine einschränkende und be-
schränkende Erklärung nach der an-
deren mußte erlassen werden. Anti-
dekrete wurden erlassen. In
Süddeutschland erklärte man, daß
man nichts mit dem Vorgehen der
preussischen Genossen zu tun haben
wolle. Die sozialdemokratischen
Wahlkreise drückten sich in der
berühmtesten Weise um die heisse,
heiße Frage herum. Man sah sich
die größte Mühe, den Vorstoß der
Kirchen- und Religionsfeindschaft
zu vermeiden und sich so baronlos wie
möglich zu geben. Es hat wenig ge-
schaffen. Nicht den täglichen An-
schauungsunterricht, den das Bild
der sozialdemokratischen Herrschaft
in Berlin dem Volk erteilt, hat
keine Frage mehr gegen die Partei
georbeit als das, was sie in we-
nigen Wochen in der kirchlichen
Frage berührt hat, und noch mehr,
was man von ihr auf diesem Ge-
biet beabsichtigt. Es löste die
stärkste Gegenwirkung in breiten
Schichten des Volkes aus. In
Preußen marschierte die katholische
Kirche in Gestalt ihrer Bischöfe auf
und erhob ihre mächtige Stimme.
Einem besseren Agitationshoff
konnte es auch sein feind Freund
dem Zentrum nicht beschaffen. Aber
auch die evangelische Kirche machte
mobil. Überall in der Wahlstatu-
tion hat die Trennungsfrage im
Vordergrund gestanden, und bald
zeigte sich, daß das von der Sozial-
demokratie so lang und so heftig ge-
forderte Frauenstimmrecht, grade
um ihrer kirchenpolitischen Haltung
willen für sie als ein sehr zwei-
deutiges Schwert erwies. Denn
die Frauen bis weit in die sozial-
istischen Kreise hinein sind Gegner
eines Vorgehens, das gemaltig
gegen die Kirchen gerichtet ist. Ein
Referendum, das heute über die
Entfernung des Religionsunter-
richts aus der Schule veranlaßt
wurde, ergäbe eine erdrückende
Mehrheit dagegen. Es kann keinem
Zweifel unterliegen, daß deutsche
Volk in seiner großen Mehrheit will
heute nichts von einem Vorstoß
gegen die Kirchen wissen, in dem es
gleichzeitig eben doch auch einen solchen
gegen die Religion sieht. Eine
Trennung von Kirche und Staat,
wenn sie kommt, kann in Deutsch-
land nur in wohlwollender und
pflanzlichem Sinn erfolgen.

Zu übrigen will die prinzipielle
Forderung der Sozialdemokratie,
wenn auch der Moment dafür mit
größter Angelegentlichkeit gewahrt
worden ist, immerhin doch auch aus
den Verhältnissen heraus verstanden
wie sie in Deutschland, speziell
in Preußen, bisher bestanden haben.
Sie erklärt sich jedoch vor allem und
zunächst aus der ungeheuren Macht
der katholischen Kirche und aus
dem Fortschritt, hier mit der Tren-
nung von Staat eine Vereiner-
lichung der Geister erreichen zu können.
Daher ist mit der Trennung einen
entscheidenden Fortschritt gegen diese
Macht zu erwarten; eine Hoffnung,
deren Realisierung aber noch keines-
wegs gesichert ist, auch wenn die

Postbericht über die Ermordung Eisners

(Fortsetzung von Seite 1.)

Fahren sind auf den Halbpaß ge-
ht. Die Zeitungsredaktionen, so-
wie auch das Süddeutsche Korrespon-
denzbureau sind von den revolutionä-
ren Soldaten besetzt. Der Gene-
ralstabschef ist proklamiert.

Nach 7 Uhr durfte niemand auf die
Straße.

München, 21. Feb. — Ueber
München wurde der Belagerungs-
zustand verhängt. Von abends 7 Uhr
an dürfen sich keine Personen mehr
auf der Straße aufhalten. Heute
abend findet ein Ministerrat statt,
in dem über die Neubildung des Mi-
nisteriums Bescheid gefasst werden
soll. Die drei sozialistischen Vorlei-
der, einschließlich der kommunisti-
schen und Arbeiter, Soldaten- und
Bauernräte, haben sich zu einem Mi-
nisterium vereinigt. Der Mini-
ster für militärische Angelegenheiten,
Hauptmann befindet sich in Schutz-
haft.

In der Pionier Kaserne.

München, 20. Feb. — Zu dem
gestrigen Putschbericht meldet die
Bayrische Staatszeitung noch: Da die
hierige Garnison in Erfahrung ge-
bracht hatte, daß in der Pionierka-
serne sich unruhige Elemente befan-
den, und daß von ihnen auch der
gestrige Putschversuch unternommen
war, an dem sich unter Führung des
Feldwebels Kraus auch Pioniere be-
teiligten, wurde heute nachmittags
von Kommandanten mitgeteilt, daß Kraus
entfernt wurde. Als dann die Ka-
sernenratsmitglieder sich in die Ka-
serne begeben wollten, wurde auf sie
geschossen. Die Mitglieder verlan-
den sofort die Polizei, die 600
Mann der republikanischen Schüt-
zer nach der Kaserne schickte. Die
Sicherheitskommission umstellte das
Gebäude. Auch wurde eine Batterie
Artillerie alarmiert, die mehrere Ka-
sernenhöfe auf die Kaserne abgab.

Eine Erklärung der Reichsregierung.

Weimar, 21. Feb. — Präsident
Fehrenbach eröffnete die Sitzung um
2 Uhr 20. Vor Eintritt in die Ta-
gung erklärte Ministerpräsident
Scheidemann u. a.: Mit tiefem
Schmerz, aber auch mit größter
Empörung teile ich Ihnen mit,
daß der bayerische Ministerpräsident
Eisner, der Vorsitzender der Revolu-
tion, von einem Fanatiker erschos-
sen wurde. München befindet sich
in blutigen Bürgerkrieg. Meine
Freunde hier und Hauptleute sol-
ten tot sein. Die Regierung spricht
durch mich ihren tiefsten Schmerz
und ihre Verurteilung dieser schänd-
lichen Mordtat aus. Nichts bezeich-
net den Niedergang einer Zeit mehr,
als wenn das Attentat das Mittel
des politischen Kampfes sein wird.
Wenn der Opfer Eisers eine
gute Folge hat, so wird es die sein,
uns alle zusammenzuschließen, um
solche Zustände zu beenden. Es wäre
der Untergang des deutschen Vol-
kes, wenn auch nur ein Teil von
ihm sich dem nicht anschließen wollte.
(Das Haus hörte diese Erklärung
stehend an.)

Die Lage nach dem Mord.

München, 21. Feb. — Die poli-
tische Lage in Bayern geht infolge
der getriggerten blutigen Ereignisse
ganz ungelassenen Verhältnissen ent-
gegen. Auf gemeinsamen Beschluß
der Vorstände der beiden sozialdemo-
kratischen Parteien, der Kommuni-
sten und des Generalrats der Arbeit-
er, werden Vorbereitungen zur Ver-
wirklichung der organisierten Arbeiter-
regierung sind nur noch Verlehrs-
minister Freudenberger und die beiden
unabhängigen Minister Jaffe und
Unterleitner anwesend. Ueber den
Aufsicht der mehrheitlich sozialisti-
schen Minister Hoffmann und Hof-
meister ist seit gestern abend nichts
mehr zu erfahren. Außer soll in der
vergangenen Nacht seinen Bunden
erlegen sein. Doch wird diese Nach-
richt nicht bestätigt. Unter dem Ein-
fluß aus München stammenden
Bolschewisten Dr. Levin gerät der
gestern konstituierte, aus elf Mitglie-
dern bestehende Aktionsausschuß in
immer radikaleren Fahrwasser. Heute
nachmittags fand eine Sitzung des
Aktionsausschusses mit den noch an-
wesenden Ministern statt, um über
die Neubildung der Regierung zu
beraten. Dr. Levin und seine An-
hänger drängen darauf, daß diese
Regierung nach bolschewistischem
Muster gebildet werde und der Ak-
tionsausschuß die oberste Gewalt zu
übernehmen habe.

Die Sozialisten haben sich in den
Veit mehrerer Munitionsdepots ge-
setzt. Der Generalstabschef ist bisher
keinen durchschlagenden Erfolg. Nur
die Fabriksbetriebe sind geschlossen.

Drei Tage erschienen keine Zeit-
ungen.
München, 22. Feb. — Der dem
Zentrum angehörende Führer der
bayerischen Sozialisten stellte in ei-
ner öffentlichen Versammlung

fest, daß er gestern vormittag im
Kaufmanns- und im Kaufmanns-
seiner Fraktion den Wägen aus der
politischen Gegner gegenüber der an-
wesenden verübten Tat, wie auch das
tiefe Mitleiden mit den Angehö-
rigen zum Ausdruck zu bringen, als
der Anschlag auf Aufer seine Absicht
verhindert. Ueber das Befinden
Eisers erfährt der Verlehrsminister
der „Frankfurter Zeitung“ aus
verlässlicher Quelle, daß die Verste-
den Vermutungen am Leben zu er-
halten hoffen. Hoffmann ist wie-
der in Freiheit, doch soll er völlig
zusammengebrochen sein.

Zu der vergangenen Nacht hat
Kultusminister Hoffmann eine Sit-
zung anberaumt. Die nächste politi-
sche Zukunft des Landes und das
Schicksal des Parlamentes liegen
noch im Dunkeln.

Drei Tage werden die Zeitungen
nicht erscheinen, auch nicht die so-
zialdemokratische „Münchener Post“.
Im Betriebe der „Münchener Post“
werden die Flugblätter der Revo-
lution hergestellt. Der Hinweis auf
die Presse der für alles verantwort-
lichen Mehrheit kommt in den ver-
schiedenen Flugblättern wiederholt
zum Ausdruck und bildet ein Haupt-
thema der Reden, die in Versammlun-
gen und auf den Straßen ge-
halten werden. Maueranschläge, die
von Eisners Sekretär unterzeichnet
sind, verkünden, daß aus dem Nach-
schuß Eisners die Aufgabe der Verei-
nigung des gesamten Proletariats
zum geschlossenen Kampfe gegen die
Reaktion hervorgehe.

Eisners Persönlichkeit.

Kurt Eisner ist uns in Bayern per-
sönlich näher getreten durch seine
Teilnahme am Internationalen So-
zialistenkongress zu Anfang dieses
Monats. Unter den unendlich
zahlreich anwesenden fremden Jour-
nalisten erregte kein Erscheinen auf
der Rednertribüne jenen die größte
Aufmerksamkeit. Die Engländer
nannten ihn „the most picturesque
figure“, die dekorative Erscheinung
des Kongresses. Und in der Tat,
er verstand es, mit Würde und Ge-
wicht aufzutreten. Und so sprach er
auch etwas salbungsvoll, mehr wie
ein deutscher Professor, denn wie ein
Volksredner. Aber doch stets ein-
dringlich und mit einem lebhaften
Schwung der Gedanken. In dem
großen Kampfe zwischen Anhängern
und Gegnern des Bolschewismus
stand er ungefähr in der Mitte zwi-
schen den Streitenden. Seine Stel-
lung war da vielen nicht klar, nicht
entfänglich genug. Auf der einen
Seite bezeichnete er den Bolschewis-
mus als die „wichtigste geistige Ver-
irrung unserer Tage“, auf der an-
deren Seite ruderie er als Gegner
der deutschen Revolution und auf
die Fehler des alten Regimes kam. Da
erklärte er einmal mit großem Pa-
thos: „Jetzt sind wir frei, dürfen
wir die Freiheit sagen.“ Und mit
seinem grauen struppigen Bart stand
er da wie ein Prophet.

Wo sind die großen Führer?

Frankfurt, 21. Feb. — Die „Frf.
Ztg.“ schreibt zur Ermordung Kurt
Eisners: Wieder stehen wir vor der
entscheidenden Tragik der deutschen
Revolution. Wo sind die neuen gro-
ßen Führer, die sie an die Spitze
gebrückt hätte? Vergeblich warten
wir auf sie und sehen statt dessen,
daß nur neue Signationen und
Schwierigkeiten entstehen, weil sie
ausbleiben. Kurt Eisner hätte ein sol-
cher Führer werden können. Aber
auch sein Weg irte ab und wurde
nun jäh abgebrochen. Wir hatten
ihn in vielem zu beklammern. Aber
das hat uns nicht abgehalten und
soll es heute, wo er einem Verbre-
chen zum Opfer gefallen ist, erst recht
nicht tun, anzuerkennen, was er
war: ein Mensch mit seinen Wider-
sprüchen, ein Mensch mit seinen Zer-
rissen, mit seinen Schwächen und
seinen Fehlern, aber, nehmen wir
alles in allem, ein ganzer Mensch,
ein Mensch mit glühender Liebe zur
Partei, die er zum Siege verhelfen
wollte.

Nachrichten aus dem Staate Missouri

Legislatur von Missouri.
Jefferson City, Mo., 19. März.
— Die von der Staats Federation of
Labor unterbreitete Gesetzgebung
Vorlage wird heute, Mittwoch morgen,
in Unterhaus zur dritten Lesung
unterbreitet, und man erwartet, daß
sie angenommen wird. Andere Vor-
lagen wurden zurückgestellt, und die
Unterbreitung der Gesetzgebung
Vorlage vor allen anderen erfolgte auf
Antrag von Republikanern
Hugh Wagner, den Vertreter der-
selben.

Das Unterhaus nahm einstimmig
eine Vorlage an, nach welcher blin-
den Personen eine Jahrespension
von \$180 gezahlt werden soll, wäh-
rend jene, welche über \$500 Jah-
reseinkommen haben, von einer der-

artigen Jahrespension ausgeschlos-
sen sind. Auch Personen, welche zehn
Jahre im Staate wohnen und in die-
ser Zeit blind worden, sollen An-
spruch auf diese Pension haben, und
in St. Louis soll der Mayor gefeh-
len sein, eine Unterbringung in die
Wage zu leisten und die Namen un-
terstützungsberechtigter Personen zu
unterbreiten. Blinde Personen, wel-
che an den Straßen betteln, sollen
von dem Pensionrecht ausgeschlossen
sein.

Die seit 15 Jahren in jeder Re-
gislaturzeitung eingetragte und je-
dermal verworfene Vorlage, die eine
Steuer von \$1 auf männliche und
\$2 auf weibliche Hunde im ganzen
Staate, mit Ausnahme von St.
Louis und Kansas City vorschlägt,
hat jetzt zum ersten Male Aussicht
auf Annahme. Sie ist im Hause
zur Reifezeit verworfen worden.
Die Vorlage begreift Beschützer der
Taschjäger, denen jährlich viele
Schafe von Hunden gerissen wer-
den. Aus den Steuern sollen ihnen
die Verluste ersetzt werden.

Zu Unterhaus erklärte man sich
gegen eine Lebensversicherung Vor-
lage, welche Mädchen unter 15 Jah-
ren das Heiraten gestattet will, zur
Reifezeit und amendierte sie dahin,
daß auch nach Mädchen im Alter
von 15 bis 21 Jahren für eine Ver-
heiratung der Genehmigung der El-
tern oder des Vormundes bedürfen.
Eine Amalgamierung, welche es
Mädchen irgend eines Alters gestal-
ten wollte, sich mit Genehmigung der
Eltern zu verheiraten, wurde ver-
worfen.

Eine sich auf die Unterbreitung
der Amoralität beziehende Vorlage,
welche auf Veranlassung verschiede-
ner Organisationen in Kansas City
und St. Louis eingereicht wurde,
ist im Senat nach einer längeren
Debatte abgewiesen worden. In der
Vorlage wurde die Schließung im-
moralischer Säle und Vergnü-
gungsorte gefordert.

Die Staats-Prohibitions-Vorlage
wurde im Hause mit 95 gegen 28
Stimmen angenommen, während 19
Repräsentanten abwesend waren.
Die Vertreter von St. Louis und
Kansas City stimmten mit Ausnah-
me von Rep. Wilkinson sämtlich ge-
gen die Vorlage.

Repräsentant Edwards von Dun-
lin County unterbreitete eine Vor-
lage, in welcher er die Streikung einer
Staatspolizei fordert. Der Sena-
ternau für diese eine Vorlage ver-
werfend mit einem Jahresge-
halt von \$3000 ernennen, und es
sollen drei Stuppenabteilungen von
nicht weniger als 45 und nicht mehr
als 65 Mann gebildet werden.

Brookfield, Mo. — Die hiesige
Zeitung „Daily Argus“, deren
Anlagen am 9. Februar vom Feuer
gegriffen worden waren, konnte am
Donnerstag wieder ihr Erscheinen
machen.

Independence, Mo. — Bei den re-
publikanischen Primärwahlen am
Donnerstag wurden die folgenden
Stadtratskandidaten nominiert:
Jesse Flowers, erste Ward; F. A.
Greeling, zweite Ward; Thomas C.
Cole, dritte Ward und H. C. Elliott,
vierte Ward.

Springfield, Mo. — Der Jahr-
markt Dr. J. C. Trimble wurde am
Samstag verurteilt, dem Taxpayers
Fred Stevens \$12,000 Schadenersatz
zu zahlen, weil er dem Lehren
keine Frau abspenstig gemacht haben
soll.

Maryville, Mo. — Der furcht-
bare Sturm hier am Samstag abend
setzte einen Teil des Daches des Hau-
ptgebäudes der staatlichen Normal-
schule hinweg, desgleichen die Kuppel.
Andere Gebäude der Anstalt wurden
ebenfalls teilweise demoliert. Der
Gesamtschaden beläuft sich auf na-
hezu \$40,000.

Wer sich kostenfreier Blumen oder
Schattenbäume oder Erdbeerpflanzen
verschaffen will, sende seinen Abon-
nementsbetrag im voraus ein. Wir
beweisen auf unsere Prämienscheine.

Eddalia, Mo. — Zu Ehren von
Vater S. N. Reiber, welcher dreißig
Jahre Seelforger der Sacred Heart
Kirche ist, fand Sonntag abend in
der Aula der Schule eine Feier statt.
Es war eigentlich eine Doppelfeier,
da die Gemeinde gleichfalls die Ab-
tragung aller Schulden auf ihr Kir-
chengeld, dessen Wert auf über
\$100,000 geschätzt wird, feierlich be-
ging. Vater Reiber wurde ein
hübsche Gedenksumme als Anerkennung
seiner unermüdbaren Dienste im In-
teresse der Gemeinde überreicht.

SKINNER PACKING COMPANY
POULTRY BUTTER EGGS
1116-1118 - Douglas St.
Tel-Douglas 1521